

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206.
Volkskonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 18/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72216. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72301

Inseratenverordn. Die 10geleit. Kolonellzelle 35 Pf., bei Blankordr. 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonellzelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonellzelle mit 50 Pf. Nachsch. Reklamezelle 2 Mk., Inserate u. ausw.: die 10geleit. Kolonellzelle 40 Pf., bei Blankordr. 50 Pf., Reklamezelle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Zustäger, unsere Abonnentenliste und die Postämter entgegen

Die neue Koalitionskrise

Die Volkspartei gegen die Unterstützung der Ausgesperrten

Die Eisenarbeiten in Aktion

Am Ende der Reichstagsverhandlungen über die Ausperrung der 213 000 Metallarbeiter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wurden die verschiedenen dazu gestellten Anträge dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages überwiesen. Dieser hat die Anträge zunächst debattiert, es sind im Ausschuss Anträge zurückgezogen oder abgeändert und neue Anträge eingebracht worden. Aus diesem Antragswirrwarr hat sich dann eine in gewissen Grenzen einheitliche Auffassung der Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten herausgebildet. Nach dem Berliner Tageblatt soll auf Vorschlag des Reichsfinanzministers, des Genossen Hilferding, die Absicht bestehen, von Reichs wegen etwa 20 Millionen Mark für die Ausgesperrten zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuss sind aber bis zum Freitagabend resultatlos geblieben, da der Ausschuss die Regierung um eine Stellungnahme gebeten hat, die beteiligten Reichsministerien zwar auch in gemeinsame Verhandlungen eingetretten sind, aber erst am Sonnabend ein Ergebnis dieser Verhandlungen vorliegen wird.

In dieser Situation haben sich außerordentlich starke Gegensätze zwischen den Regierungsparteien ergeben. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum

fordern die Unterstützung aller Ausgesperrten ohne Rücksicht auf ihre Bedürftigkeit und ihr gewerkschaftliches Organisationsverhältnis.

Die Deutsche Volkspartei hat dazu durch den Reichswirtschaftsminister Curtius erklären lassen, daß sie nicht in der Regierung bleiben könne, wenn dieser Antrag zum Beschluß erhoben würde. Sie müsse unter allen Umständen verlangen, daß in jedem einzelnen Falle die Bedürftigkeit geprüft werde und daß grundsätzlich Unterstellungen aus Reichsmitteln nur an unorganisierte Ausgesperrte gezahlt werden dürften. In einer interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien, die am Freitagabend im Beisein der Minister Wislitzki, Sennering und Curtius stattgefunden hat, konnte eine Einigung über die Unterstützungsfrage nicht erzielt werden. Nach einem Bericht des Berliner Börsen-Couriers über diese interfraktionelle Besprechung „von streng vertraulichem Charakter“ hat die Deutsche Volkspartei „entgegenkommend“ lediglich auf die Forderung nach der Bedürftigkeitsprüfung verzichtet.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in diesem besonderen Falle das Zentrum und die Demokraten als politische Vertretungen der christlichen und der kirchlich-dünkelnden Gewerkschaften alle Veranlassung haben, sich gegen die Deutsche Volkspartei zu wenden. Von diesen beiden republikanischen Parteien haben wir aber gegenüber Unternehmernforderungen nun schon so oft das Gegenteil von Festigkeit erlebt, daß anzunehmen ist, daß gegenüber dem Willen der Volkspartei, dem Unternehmertum Lafaiendienste zu erweisen, eine Kompromißformel entstehen wird, der die Sozialdemokratie unter keinen Umständen zustimmen kann. Wir halten also für wahrscheinlich, daß die neue Regierungskrise sich gegen die Sozialdemokratie, als daß sie sich gegen die Deutsche Volkspartei richten wird. Wie dem aber auch sein möge, der heutige Tag muß in einer entscheidenden Angelegenheit Klarheit über die Koalitionsverhältnisse schaffen. Ob man am Abend des

heutigen Tages noch wird von der Regierungskoalition als einem auf absehbare Zeit festen Gebilde wird sprechen können, erscheint uns sehr unwahrscheinlich.

Die Arbeiterhoffnung kann die werdende Klarheit nur begrüßen. Nach der Panzerkreuzerentscheidung das Resultat in der Unterstützungsfrage für die Ausgesperrten der Schwerindustrie — das müßte eigentlich genügen, um auch dem letzten Arbeiter die Augen zu öffnen über die Koalitionsunmöglichkeit zwischen den republikanischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Unsere Forderung an die Reichstagsfraktion kann nur lauten:

Heraus aus der Koalitionregierung!

Das Reichskabinett rettet sich

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag, 12 Uhr, zu einer Sitzung zusammen, um zu der Unterstützung der ausgesperrten Ruhrarbeiter Stellung zu nehmen. Den Ausschussverhandlungen sind lange Beratungen der Parteien vorgegangen. Als erster Redner nahm der Arbeitsminister Wislitzki das Wort, der im Namen der Regierung folgendes erklärte:

Das Kabinett sei bereit, den ausgesperrten Ruhrarbeitern rasch und schnell zu helfen. Wenn das aber durch ein Gesetz des Reichstages geschehen sollte, dann müßte erst ordnungsgemäß der Reichstag entscheiden, dann müßte die Vorlage an den Reichsrat gehen. Aus diesen Gründen halte die Reichsregierung diesen Weg für inopportun. Die Regierung ist bereit, Mittel zur Verfügung zu stellen, um nach näherer Vereinbarung mit Preußen den Gemeinden im Ruhrgebiet die Möglichkeit zu schaffen, ihrer Fürsorgepflicht zu genügen. Die Regierung aber sei an die Beschlässe des Reichstages gebunden. Ihr stehen keine Mittel für diese Zwecke zur Verfügung. Wenn aber der Ausschuss den Reichstag ersucht, der Regierung eine entsprechende Ermächtigung zu geben, dann werde das Kabinett bereit dazu sein, die entsprechenden Mittel flüssig zu machen.

Danach verlas der Vorsitzende Esser eine Resolution, die im Namen der Regierungsparteien eingebracht worden ist.

Als erster Redner nahm der Kommunist Raedel das Wort, der an die volksparteilichen Mitglieder die Frage richtete, ob denn die Volkspartei mit diesem Beschluß einverstanden sei. Raedel verwies auf eine Aeußerung, die heute morgen in der DZ zu finden ist. Sie lautet:

„Es besteht kein Zweifel, daß die Deutsche Volkspartei unter keinen Umständen eine einseitige Unterstützung der einen Partei im Wirtschaftskampf durch öffentliche Mittel mitmachen möchte.“

Darauf erwiderte der Reichsarbeitsminister, die DZ sei kein offizielles Regierungsorgan und er könne auch nicht sagen, ob die DZ als offizielles Organ der Deutschen Volkspartei zu betrachten sei. Er führt aus, daß alle die Notstände in Frage kommen, die aus der Ausperrung entstanden sind.

Für die Deutsche Volkspartei erklärte der Abgeordnete Wobdenbauer in verwandter Form, daß die Angaben der DZ den Tatsachen nicht entsprechen. Im Auftrag der Deutschnationalen erklärte der rheinische Fabrikant K. Lönn, daß der Begriff Notlage zunächst geklärt werden müßte. Die Deutschnationalen würden sich im Ausschuss der Stimme enthalten, da sie die Resolution erst in ihrer Fraktion besprechen müßten.

Der Reichstag für den Panzerkreuzer

Letzter Akt der Tragödie

Der Reichstag hat den sozialdemokratischen Antrag gegen den Bau des Panzerkreuzers mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Ein Mißtrauensvotum gegen den Wehrminister fiel mit 392 gegen 62 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Berlin, 16. November.

Was nach den gestrigen Entscheidungen der Fraktionen nicht mehr anders zu erwarten war, der Reichstag hat den sozialdemokratischen Antrag gegen den Bau des Panzerkreuzers abgelehnt. Das Haus war fast bis zum letzten Platz besetzt und tatsächlich sind wohl nur besonders schwer erkrankte Abgeordnete den Abstimmungen ferngeblieben. Das beweist die hohe Zahl der abgegebenen Karten, die nur in außerordentlichen Fällen zu erreichen ist. An der ersten Entscheidung haben 406 Abgeordnete teilgenommen und an der Abstimmung über das Mißtrauensvotum sind 459 Abgeordnete beteiligt gewesen. Demzufolge haben insgesamt nur 25 Abgeordnete gefehlt. Davon 5 Köpfe der Opposition, 2 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten. Daraus ist zu ersehen, daß alle Gegner des Panzerkreuzers mobilisiert wurden und zuletzt ist es die Schuld der Wählerschaft, wenn die Freunde des Panzerkreuzers mit 52 Stimmen in der Mehrheit geblieben sind.

Bevor der letzte Akt der Tragödie über die politische Tribüne ging, haben sich noch mancherlei Episoden bemerkenswerter Art abgespielt. Die entscheidende Sitzung begann mit einer Rede des Marinefachmannes der Volkspartei, des bekannten Abgeordneten Brüninghaus, der Herrn Gröner, der nicht anders zu erwarten war, in jeder Hinsicht die Stange hielt. Trotzdem hatten seine Schlusssätze selbst Herrn Dr. Wirth zur Empörung gebracht. Zwischen dem Zentrumredner und dem volksparteilichen Admiral a. D. kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß der Panzerkreuzergeist der Volkspartei noch schärfer gekennzeichnet wurde, wobei zuletzt freilich Herr Dr. Wirth den Kürzeren zog. Wirth teilte noch allen Seiten, wie ein Schulmeister, mit dem Kopfstoß in der Hand, seine Zensuren aus. Sein Thema lautete: Theoretische und praktische Demokratie. Und weber theoretisch, noch weniger aber in Ausübung der Praxis hat es auch nur einer richtig gemacht. Nur Dr. Wirth. Und seine Partei selbstverständlich, wobei freilich niemand zu sagen weiß, für welchen Flügel er derzeit sprach. Er ist auf dem Wege, sich mit Herrn Stegerwald zu koalieren, und wie diese Firma derzeit in das Handelsregister der Parteien eingetragen wird, das vermag zur Zeit noch niemand mit völliger Gewißheit festzustellen.

Das Zentrum will keine Krise haben, so dozerte Herr Wirth von der Tribüne des Parlaments herab. „In diesem Reichstag überhaupt nicht.“ Damit unterstrich er diesen Satz noch ganz besonders. Trotzdem hat das Zentralorgan des Zentrums, die Germania, krisenschwanger seine Angriffe gegen Stresemann gebracht. Und der Nationalsozialist Göbbels, der bekannte Radaubauer der Hakenkreuzer — auch ein blindes Huhn findet zuzeiten ein einsames Korn — rief Herrn Dr. Wirth entgegen: Sie wollen Biskanzler werden, darum wollen Sie die Krise nicht. Und dieser Feststellung wurde auf allen Bänken verständnisvoll zugestimmt.

Eine Sondernummer bot der Führer der Jungdemokraten, der pommerische Abgeordnete Lemmer, dar. Die Jungdemokraten haben gegen den Panzerkreuzer ihre ganze Lungenkraft aufgebracht. In der demokratischen Fraktion wurde ihr Führer wendelweid geschlagen und zum Hohn für sich selbst hat er sich obendrein noch mißbrauchen lassen, diesen schwächlichen Unfall seiner gesamten Fraktion vor dem Plenum zu vertreten. Herr Lemmer erklärte aus voller Mannesbrust, man soll nicht „in Spiralen denken“. Die Demokraten aber sind selbst dazu nicht imstande. Dieser Unfall hat der Linkspartei den Todesstoß verfehlt, denn sie hat den Ausschlag bei der Entscheidung abgegeben. Da waren selbst die linken Zentrumleute noch andere Kerle, sie haben wenigstens den Versuch gemacht, ihre Haltung in einer Erklärung vor der politischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Für die Sozialdemokratische Partei sprach als weiterer Redner Genosse Breitfeld. Eine zweite Rednereignisse war am Donnerstag noch nicht vorgesehen. Die Entscheidung darüber wurde am Freitagvormittag gefaßt, als die Fraktionsführer beieinander saßen. Ueber die dort gefaßten Beschlüsse hat die Presse der Koalitionsparteien die verschiedensten Berichte gebracht. Ein offizielles Kommuniqué wurde nicht ausgegeben, und die Fraktionen sind wegen der Kürze der Zeit nicht berufen worden. Im Interesse der Sozialdemokratischen Partei aber ist es dringend erforderlich, daß über die verschiedenen Meinungen reifliche Klarheit erfolgt. Nur aus diesem Grunde seien hier diese Mitteilungen zitiert. So schreibt die Germania:

„Die Sozialdemokratie ist sich offenbar darüber klar, daß Anträge, wie der vorliegende, von ihr künftig unmöglich gestellt werden können, nachdem auch der neue Reichstag sich wie sein Vorgänger für den Bau des Panzerkreuzers entschieden hat. Darüber hinaus wurde in der Besprechung die grundsätzliche Frage erörtert, wie die Sozialdemokratie sich überhaupt zu dem Wehretat einer

Verhärterter Fleischwucher

Gänzliche Unterbindung der Gefrierfleisch-Einfuhr

SPD Dem Reichstag liegt ein Antrag vor, wonach die Einfuhr von Fleisch mit Innereien von verhärteten veterinärpolizeilichen Bestimmungen abhängig gemacht werden soll. Damit würde man die vor dem Krieg geltende Regelung wieder herstellen, wodurch eine Einfuhr von Gefrierfleisch so gut wie ganz unterbunden würde. Die Agrarier geben sich also nicht mit dem maßlos gedrückten zollfreien Gefrierfleischkontingenten zufrieden, sondern sie verlangen jetzt auf dem Umweg über die verhärteten veterinärpolizeilichen Vorschriften ein Einfuhrverbot für Gefrierfleisch.

Die Sachlage dürfte wohl die Deutsche Wirtschaftszeitung, das Organ des deutschen Industrie- und Handelstags, am besten gekennzeichnet haben, die in ihrer letzten Nummer u. a. schreibt, daß die Schichten der Bevölkerung, die Gefrierfleisch konsumieren, für den Genuß frischen Fleisches kaum in Frage kommen. Man würde, so fährt das genannte Blatt weiter aus, nur eine schwere Verdrängung der Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung erreichen, ohne die Landwirtschaft zu nützen. Dieser Meinung wird wohl jeder Fachmann beipflichten. Dadurch ergibt sich die ganze Sinnlosigkeit des agrarischen Antrags.

Außerdem ist die im agrarischen Antrag verlangte Regelung überhaupt nicht durchzuführen. Die nach dem Krieg wachsende Einfuhr von Gefrierfleisch erleichterte die Errichtung großer industrieller Anlagen, Kläranlagen usw. in denen Millionen und Abermillionen investiert sind. Ein Einfuhrverbot für

Gefrierfleisch bedeutet eine Vernichtung dieser Kapitalien. Natürlich haben sich die am Gefrierfleischimport beteiligten Kreise gegen eine solche Sinnlosigkeit von vornherein gesichert und auch seinerzeit das Versprechen erhalten, daß die gegenwärtige grundsätzliche Regelung im Gefrierfleischimport zum mindesten bis 1933 in Kraft bleiben soll.

Aber auch damit können wir uns nicht begnügen. Die Preissteigerung für Fleischnahrung nimmt derart zu, daß die zollfreien Gefrierfleischkontingente unbedingt erhöht werden müssen. Das kann geschehen, ohne daß man dem deutschen Viehzüchter Schaden zufügt.

Die Wahlrechtsvorlage in Aussicht

SPD Berlin, 17. November (Radio).

Wie verlautet, ist im Reichsministerium des Innern der Referentenentwurf eines Wahlrechtsgesetzes, der u. a. eine kontingentierte Reichsliste vorsieht, fertiggestellt. Der Reichsminister des Innern wird sich voraussichtlich in der nächsten Woche entscheiden, ob er die Vorlage in der jetzigen Form an das Reichskabinett gelangen läßt.

Einberufung des Parteiausschusses

SPD Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat die zentrale Kommission und den Parteiausschuss am kommenden Montag nach Berlin berufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: „Erörterung der politischen Lage.“